

Kitaentwicklung, Elternbeiträge, Fachkräftemangel

- **Welche Ideen haben Sie, den immer größer werdenden Bedarf an wohnortnahen Kita-Plätzen in unserer Stadt kurzfristig zu begegnen?**

Der Wohnort nahe Bedarf an Kita-Plätzen ist kurzfristig stadtweit nur sehr schwer zu beheben, da das Kita-Gutscheinsystem ein stadtweites Wahlrecht der Eltern für den Kita-Platz vorsieht. Ohne eine Änderung des Hamburger Kinderbetreuungsgesetzes wird es nicht gehen und das Elternwahlrecht gilt in Hamburg als hohes Gut. Kurzfristig lassen sich daher nur bei der Planung von neuen Quartieren durch die ausreichende Mitplanung von Kita-Einrichtungen und sozialer Infrastruktur Verbesserungen erreichen. Mittelfristig würde eine verbesserte Stadtplanung hilfreich sein, die Wohnen und Arbeiten näher zusammenbringt. Dazu gehört auch die Gründung von Betriebs-Kitas.

- **Wie werden Sie die Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf oder Migrationshintergrund unterstützen?**

Das Kita-Gutscheinsystem ist ein marktwirtschaftliches System. Die Vergabe der Plätze wird bis auf den Rechtsanspruch auf 5 Stunden Betreuung durch die Arbeit der Eltern vorgegeben. Vor diesem Hintergrund wird die notwendige Verbesserung der Betreuung und Förderung nur durch verbesserte Personalschlüssel in sozialen Brennpunkten und/oder die Erhöhung des Betreuungsumfangs erfolgen können. Die Partei DIE LINKE fordert dies schon seit längerer Zeit. Vor diesem Hintergrund hat die Partei auch 2010 die Volksinitiative frühkindliche Bildung mit initiiert und unterstützt. Auf Grund dieser Volksinitiative wurde nach der Bürgerschaftswahl 2011 von der SPD in Hamburg das Kita plus Programm eingeführt und verbesserte Personalschlüssel in den KESS 1 und 2 Gebieten in Höhe von 25% zur Verfügung gestellt. Auch eine verbesserte Sprachförderung war die Folge. Die Fraktion der Linken in der Bürgerschaft hat diese Verbesserungen unterstützt. Inzwischen gibt es auch zusätzlich Bundesmittel für Sprachförderung. Die zusätzlichen Mittel für die sozialen Brennpunkte (KESS 1 und 2) wurden inzwischen auf mehr Kitas verteilt. Dadurch sank der Förderbetrag für die einzelne Kita auf 12,5%.

Langfristig sollen nach Auffassung der Partei DIE LINKE in Hamburg alle Kinder mit Ganztagsplätzen versorgt sein. Dies wird finanziell nur bei einem Systemwechsel möglich sein, bei dem die Kita-Betreuung durch Steuern finanziert wird. Große Investitionen in Bildung und Infrastruktur scheitern in vielen Fällen an der Schuldenbremse und dem Finanzrahmengesetz.

- **Wo sehen Sie die dringendsten Handlungsbedarfe, um die bestehenden Fachkräfte in Hamburgs Kitas zu halten?**

Die Stadt Hamburg hat bisher in der Regel ihre Fachkräftebedarfe sicherstellen können. Dies wird auch in einem Bericht des Hamburger Abendblatte vom 26.11.19 deutlich. Danach wurden allein bei den Elbkindern 2018 die Zahl der pädagogischen Fachkräfte um 520 Personen gesteigert. Auch das DRK steigerte die Zahl seiner Fachkräfte und erklärte, dass man bislang das nötige Personal finde, um die Betreuung zu verbessern. Das war auch bisher möglich, weil Hamburg Fachkräfte aus den angrenzenden Bundesländern anziehen konnte, denn die eingestellte Zahl der Fachkräfte ging bisher weit über die Zahl der in Hamburg ausgebildeten Personen hinaus. Die hohen Mieten in der Stadt erschweren das allerdings immer mehr. Auch verbesserte Angebote des HVV sind aus Sicht der Partei DIE LINKE notwendig. Mittelfristig wird es ohne verbesserte Arbeitsbedingungen und Bezahlungen – also die Steigerung der Attraktivität des Berufes - in einer Metropole wie Hamburg schwierig sein, Fachkräfte zu halten.

06.12.2019

- **Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um weiter Fachkräfte für die Kitas zu gewinnen?**
In der nächsten Wahlperiode wird es darum gehen, einen erneuten Anlauf zu nehmen, die „mittelbare pädagogische Arbeit“ zu finanzieren und damit die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte so attraktiv zu gestalten, dass sie in Hamburg bleiben oder/und nach Hamburg kommen. Außerdem können zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden, indem die Anzahl der Wochenstunden pro Fachkraft erhöht wird, die das wünschen. (derzeit bei durchschnittlich 31,6 Wochenstunden). Nur wenn es gelingt, den Trend zum immer früheren Ausscheiden aus dem Beruf zu stoppen, werden genügend Fachkräfte erhalten bleiben. Es geht also nicht nur um die Gewinnung von Fachkräften, sondern vor allem um das **Halten von Fachkräften**. Dazu gehört auch das Angebot längerer Arbeitszeiten und der Gesundheitsschutz. Nach Angaben der Sozialbehörde scheiden aus unterschiedlichen Gründen jedes Jahr rund 750 Fachkräfte aus. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt und den notwendigen Verbesserungen der Qualität der Kita-Betreuung werden bis zu 600 zusätzliche Fachkräfte gebraucht. Hinzu kommen dann noch die Bedarfe im Ganztagsschulbereich, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung und vor allem im Bereich der Hilfen zur Erziehung. (Zahlen siehe Präsentation Dr. Bange auf einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Juni 2019; zu finden auf der Seite des LEA)
- **Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um abgewanderte für den Einsatz in Kitas zurück zu gewinnen?**
Das ist vor dem Hintergrund einer sehr mobilen Gesellschaft nur sehr schwer zu beantworten. Dazu gehören sicher auch Maßnahmen der allgemeinen Stadtplanung wie sie in den Fragen 1,3 und 4 schon angesprochen wurden. Die Stadt München hat zum Beispiel vor längerer Zeit in Hamburg mit der zur Verfügungstellung von Wohnungen geworben. Der Erfolg war mäßig. Ohne die Steigerung der Attraktivität des Berufes wird das gar nicht gehen, denn viele Beschäftigte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst wandern in andere Berufe ab oder spezialisieren sich in ihrem Berufsfeld, um den ermüdenden, krankmachenden und erschöpfenden Arbeitsbedingungen zu entkommen. Ein Ausdruck davon sind die immer früheren Verrentungen von Fachkräften im Sozial- und Erziehungsdienst. Vor diesem Hintergrund haben Maßnahmen des Gesundheitsschutzes eine hohe Bedeutung in diesem Berufsfeld.
- **Wie viele Erzieher_innen pro Jahr wollen Sie für eine Tätigkeit in Hamburg in den kommenden Jahren insgesamt qualifizieren?**
Die Stadt Hamburg hat durch die Erweiterung der Zugänge zu den Ausbildungsgängen die Zahl der Erzieherinnen und sozialpädagogischen Assistenten in Ausbildung gesteigert. Allein im Bereich der Ausbildung der Sozialpädagogischen Assistenten begannen 1140 Personen ihre Ausbildung. Damit war diese Ausbildung der meist gewählte Ausbildungsberuf in Hamburg. Das will die Partei DIE LINKE nicht ändern. Verbessern will die Partei aber die Bedingungen in der Ausbildung, damit die Zahl der **tatsächlich** dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Fachkräfte zunimmt und die Zahl der Abbrüche in der Ausbildung sinkt. Dazu gehören verbesserte Ausbildungsbedingungen, kleinere Klassen verbesserte BaFöG-Regelungen und **längerfristig** - wie auch von den Gewerkschaften gefordert - **ein Ausbildungsgehalt**.
- **Plant ihre Partei, die Ausbildungsplatzkapazitäten in Hamburg auszubauen und welche Ideen gibt es, um den Beruf attraktiver zu gestalten?**
Siehe u.a. Antwort zu 6. Die Partei DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für die Aufwertung des Berufes ein und unterstützt die Anstrengungen und Aktionen der Gewerkschaften. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ist die Partei der

06.12.2019

Auffassung, dass die Absenkung der Qualität der Ausbildung auf den Level 4 des Deutschen Qualifikationsrahmen zu vermeiden und den Level 6 zu erhalten ist, der den Zugang zu den Hochschulen ermöglicht. Dabei ist ein gemeinsames Berufsverständnis zu wahren und die Durchlässigkeit der Bildungswege zu berücksichtigen. mehrfach darauf hingewiesen. Zuletzt hatte die AGJ in einem Zwischenruf am 4.11.19 auf diesen Umstand hingewiesen.

· **Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Hamburg als Arbeits- und Wohnort neuer Erzieher_innen favorisieren, um wieder aus anderen Bundesländern mehr Zuwanderung von Fachkräften für Kitas und Schule zu bekommen?**

Die Stadt Hamburg hat schon bisher ihren Fachkräftebedarf auch aus anderen Bundesländern gedeckt. Dabei ist dieser Wettbewerb um Fachkräfte unter den Bedingungen des generellen Fehlens von Fachkräften durchaus problematisch, denn der Mangel wird nur von einer Stadt in die andere und einem Bundesland ins andere verschoben. Nach Erhebungen der Gewerkschaft Ver.di werden vor dem Hintergrund der Anhebung der Personalschlüssel rund 70000 zusätzliche Fachkräfte gebraucht und unter den gegebenen Bedingungen werden weitere rund 170 000 Kolleginnen aus dem Beruf ausscheiden. Zielführend ist da nur eine bundesweite Anstrengung zur Gewinnung von Fachkräften durch die Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes und deren Mitfinanzierung durch den Bund.

· **Bis auf die Einführung der kostenfreien 5 Stunden in der Kita und der entsprechenden Streichung des gegenüberstehenden Elternbeitrages hat sich in den letzten Jahren beim Thema Elternbeiträge nichts getan, der Höchstsatz wird schnell erreicht und eine soziale Verteilung der Lasten ist schwer erkennbar. Welche Zukunft soll der Elternbeitrag haben, oder wird Kita analog zur Schule als Bildungssäule im gesamten Umfang kostenfrei?**

Langfristig strebt die Partei eine beitragsfreie Kindertagesbetreuung an. Unter den gegebenen Bedingungen hat jedoch die Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung in Hamburg Vorrang. Hamburg hat momentan immer noch die rote Laterne bei der Qualität der Krippenbetreuung in den westlichen Bundesländern. Nicht umsonst hatte sich eine große Zahl von Eltern in einer Befragung in Hamburg für diesen Vorrang ausgesprochen. Für Eltern mit geringem Einkommen gilt im Wesentlichen jetzt schon die Beitragsfreiheit. Hier ist eher der Umfang der Betreuung ein Problem. Die Partei fordert allerdings als ersten weiteren Schritt ein beitragsfreies Frühstück für alle Kinder und eine Vereinfachung der Beantragung von Kita-Gutscheine nach dem Berliner Modell. (siehe Drucksache. 21/13433) Dieser Antrag hat in der jetzigen Wahlperiode dazu geführt, dass es Vereinfachungen bei der Beantragung von 5 Stunden Plätzen gibt.

· **Jahrelang steht Hamburg, trotz Investitionen am Ende der Bertelsmann Studie für Frühkindliche Bildung und hält die rote Laterne. Mit welchen Anstrengungen soll dieser Zustand in einer Kinder und familienfreundlichen Stadt geändert werden?**

Der Hamburger Senat hat in der Tat in seinem Koalitionsprogramm 2015 damit geworben, die kinderfreundlichste Stadt Deutschlands zu werden. Davon sind wir weit entfernt. Die rote Laterne im Krippen-Bereich ist ein Ausdruck davon. Viel gravierender sind die hohen Armutsgefährdungsquoten der Kinder in dieser Stadt. Die Personalschlüssel sind hier zu verbessern. Deswegen hat die Partei die Volksinitiative des Kita-Netzwerkes unterstützt, die Ausfallzeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung) und die Zeiten für die Arbeiten, die nicht mit der direkten Betreuung der Kinder zu tun hat wie Vor- und Nachbereitungszeiten oder Elterngespräche bei der Bemessung des Personals zu berücksichtigen. Die LINKE wird in der kommenden Wahlperiode erneut einen Versuch unternehmen, dort zumindest zu weiteren notwendigen Verbesserungen zu kommen.

06.12.2019

· **Welcher Fachkraft-Kind-Schlüssel soll innerhalb von 2,3,5 Jahren in Hamburg umgesetzt werden?**

Die Partei DIE LINKE geht davon aus, dass die mit den Verbänden und dem Kita-Netzwerk vereinbarten Verbesserungen bei den Personalschlüsseln im Krippen- und Elementarbereich umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die Partei wie in Antwort auf Frage 10 angegeben Initiativen zu weiteren Verbesserung – vor allem im Elementarbereich- ergreifen. Langfristig strebt die LINKE in Hamburg an, die von der Bertelsmann-Stiftung angegebenen Richtwerte zu erreichen. Dafür wollen wir einen Teil der von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel einsetzen. Diese werden bis jetzt einfach zur Haushaltskonsolidierung einbehalten.

Übergang Kita, Schule, GBS und GTS Ausbau

Die Antworten auf Ihre Fragen sind wesentlich unserem Entwurf für ein neues, inklusives Schulgesetz entnommen. Wesentlich an ihm ist, dass es an den UN-Konventionen über die Rechte von behinderten Menschen und an den Rechten von Kindern orientiert ist. Das ist ein bundesweites Novum, auch deswegen, weil erstmals in einem Schulgesetz die Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Konventionen in nationales und Landesrecht aufgegriffen wird. Hintergrund, Informationen und Materialien zu diesem Gesetzesentwurf finden Sie unter www.linksfraktion-hamburg.de/schulgesetz

Neben dem Entwurf für ein neues Schulgesetz unterstützt die LINKE die Umsetzung der Ergebnisse aus der Volksinitiative Guter Ganzttag, die wir mit initiiert hatten. Die Verbesserungen in den Bereichen Personalausstattung, Beteiligung, Essen und räumliche Konzepte werden weiter begleitet und unterstützt. (siehe auch Drucksache 21/12676)

· **Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, die Kita- und Schulplanungen aufeinander abzustimmen, so dass in jedem Sozialraum neben ausreichenden Kita-Plätzen auch genug Schulplätze in Wohnortnähe zur Verfügung stehen?**

Gemäß Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG) schaffen die Kita-Träger neue Kita-Plätze in Hamburg. Hier wird auf eine Marktsteuerung vertraut und eine Verbesserung der Bedingungen kann nur mit Hilfe von ökonomischer Steuerung erfolgen. (zum Beispiel durch verbesserte Finanzierung bestimmter Gutscheinararten) Der staatliche Einfluss ist damit begrenzt. Bei der Planung von Neubaugebieten hat der Senat allerdings die Möglichkeit über Ausschreibungen steuernd einzugreifen. Hier besteht die Möglichkeit, Kitas, Schulen und soziale Infrastruktur gemeinsam wohnortnah zu planen. Die Partei DIE LINKE sieht hier die Möglichkeit verbesserter städtischer Planung.

Im Entwurf für ein neues, inklusives Schulgesetz, das die LINKE vorgelegt hat, sehen wir vor, die Regionalen Bildungskonferenzen als maßgebliches Gremium regionaler bedarfsorientierter Schulplanung vor Ort zu stärken. Die in diesen Konferenzen erarbeitete Schulentwicklungsplanung, an der alle staatlichen Schulen wie auch andere Bildungsakteure beteiligt sind, bildet die Grundlage für die landesweite Schulentwicklungsplanung.

· **Der Übergang von der Kita zur Schule ist ein wichtiger Veränderungsprozess, der positiv gestaltet werden muss. Eltern klagen über mangelnde Informationen, verspätete Entscheidungen und bemängeln fehlende Übergangskonzepte und –beauftragte, die auch wirklich aktiv sind: Was kann Politik tun, um dies besser zu unterstützen?**

Im inklusiven Schulgesetzentwurf der LINKEN sehen wir vor, dass die Vorschule an eine Schule angegliedert sein kann und die Primarstufe auf sechs Jahre ausgedehnt werden kann. Nach dem Übergang zur weiterführenden Schule verbleiben Schüler_innen an diesen angewählten Schulen.

· **Für mehr Kinder wird es Normalität, den Großteil des Tages in der Schule zu verbringen. Die klassische Hortlösung ist schon seit vielen Jahren durch die Ganztagsbetreuung, sei es**

06.12.2019

als GTS oder GBS, abgelöst. Leider hinkt die Entwicklung des Ganztages der aktuellen Notwendigkeit hinterher, Raumnutzungskonzepte sind z.T. an der Realität vorbeigeplant und der jahrelange Stau in der Schulentwicklung führt zu immer mehr Nachverdichtung in Schulen. Das heißt immer weniger Raum für mehr Schüler_innen, welche den Ort länger nutzen. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie auf den Weg bringen und somit für eine zeitgemäße Schulentwicklung, Raumnutzung und Ausstattung des Ganztages sorgen?

Im inklusiven Schulgesetzentwurf der LINKEN wird der Ganzttag rhythmisiert. Das heißt, dass über den ganzen Tag verteilt, Abschnitte von Lernen, von Entspannung, von der Pflege sozialer Kontakte, von Bewegung und Kreativität ihren Raum finden.

· **Wie sieht die Zukunft der GBS/GTS aus?**

Wir sehen die Zukunft des Ganztags in der Rhythmisierung innerhalb einer inklusiven Schule in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfeträger auf gleicher Augenhöhe.

· **Welche Entwicklungen sollen für Bildungs- und Chancengleichheit unserer Kinder sorgen?**

Eine inklusive Schule für alle Kinder, die während eines rhythmisierten Ganztags im eigenen Takt lernen, kann dazu beitragen, den Bildungserfolg von der (sozialen) Herkunft zu entkoppeln. Damit, und mit der Orientierung an individuellen Lernerfolgen statt äußerlicher Maßstäbe, den Lernerfolg zu bemessen, wird unmittelbar zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit beigetragen. Dieses Ziel verfolgt auch das inklusive Schulgesetz der LINKEN.

· **Mit Blick auf die Inklusion: Welche Ideen haben Sie zur Verbesserung der Fördermöglichkeiten der Kinder bei erhöhtem Bedarf auch in GBS/GTS –Vor- und Nachmittag? (derzeitige Situation: Förderung am Vormittag und somit besserer Personalschlüssel, aber nicht automatisch auch am Nachmittag)**

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention von 2008 verpflichtete sich die BRD zur Umsetzung der Inklusion in Bundes- und Landesrecht. Die Monitoring-Stelle UN-BRK hat dezidierte Empfehlungen für inklusive Bildung herausgegeben. Diesen Vorgaben und Empfehlungen folgt der von der LINKEN vorgelegte Gesetzesentwurf. Jedes Kind, jeder junge Mensch soll in seinem Recht auf Bildung individuell gefördert werden. Konkret sieht das Schulgesetz multiprofessionelle Teams, einen rhythmisierten Ganzttag, individuelle Förderpläne und die Anpassung der Schule an die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen vor. Die aktuelle Ausstattung kritisieren wir als unzureichend und fordern schon lange und weiterhin, dass die individuellen Förderbedarfe den ganzen Tag abdecken.

Sozialraumentwicklung

· **Wie soll der Sozialraum mit seinen Angeboten mit Schule und Kindertagesstätten zusammenfinden ohne in gegenseitige Konkurrenz treten zu müssen?**

Aus Sicht der Partei DIE LINKE gibt es keine fachliche Konkurrenz. Beides sind gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgaben, die sich an unterschiedliche Adressaten richten. Gut wäre es, bestimmte Angebote räumlich zusammenzubringen. So setzt sich die Partei vor diesem Hintergrund für den Ausbau der Kinder- und Familienzentren in allen Bezirken ein. Ebenso muss es einen Ausbau der Beratungsangebote für Eltern geben. Nur so sind teure Folgekosten in den nachgelagerten Sozialsystemen – vor allem bei den Hilfen zur Erziehung - zu vermeiden.

· **Wie soll die Förderung von Projekten aussehen?**

06.12.2019

Die Förderung von Projekten sollte vor allem die bestehende „Projektitis“ beenden. Wie im Bezirk Mitte angedacht sollte es eine gesicherte Finanzierung aus einer Hand geben. Die Mittel sollten wie im Kita-Bereich regelhaft Tarifsteigerungen und Preiserhöhungen berücksichtigen. Das spart hohe Verwaltungskosten, die in die fachliche Arbeit gesteckt werden können.

· **Wie kann es gelingen den Sozialraum mit seinen vielfältigen Angeboten auch für Kinder in Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung erlebbar zu machen?**

Das Zauberwort ist Vernetzung. Allerdings muss diese nicht nur immer wieder propagiert werden, sondern es muss auch eine Mittelhinterlegung stattfinden. Hier ist erneut die Finanzierung von mittelbarer pädagogischer Arbeit anzusprechen. Wer zusätzliche Arbeit in Form von Zusammenarbeit mit den Jugendämtern zum Beispiel zuweist, muss auch für die Finanzierung sorgen.

Verkehr

· **Nachverdichtung, Stadtentwicklung, stetige Nachfrage an Mobilität führen zu steigendem Verkehr und weniger Freiraum im Umfeld für Kinder. Zugeparkte Übergänge, uneinsichtige Verkehrsräume und fehlende Geschwindigkeitsbegrenzungen hindern Kinder den täglichen Weg zur Schule allein zu gehen und damit fit für die Zukunft zu werden. Wie soll in Wohngebieten die Sicherheit im Straßenverkehr so erhöht werden, dass Eltern ihre Kinder mit gutem Gewissen alleine einen Großteil der täglichen Mobilität bewältigen lassen?**

Die Partei DIE LINKE fordert eine generelle Entschleunigung des Verkehrs in Hamburg. Dazu gehören Tempo 30 Zonen, der Ausbau von Spielstraßen oder intelligente Lösungen für große Verkehrswege in Form von Brücken zum Beispiel. Ebenso notwendig ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und billigere Fahrkartenangebote. Die Partei unterstützt die Idee einer 365 € Jahreskarte. Langfristig setzt sich die Partei für den O-Tarif beim HVV ein. Grundsätzlich ist das Problem nur zu lösen, indem Arbeiten und Wohnen näher zusammengebracht werden. Für Schulen und Kindergärten muss das Prinzip kurze Bein, kurze Wege gelten

Allgemein

· **Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Hamburger Eltern zu verbessern?**

Das Kita-Gutscheinsystem ist vor allem die Berufstätigkeit der Eltern ausgerichtet. So gibt es kaum gemeinsame Kernzeiten für alle Kinder in den Kitas, sondern die Eltern bringen ihre Kinder in die Kita, um danach zur Arbeit zu gehen. Auch die Zeit der Förderung und Betreuung ist auf die Arbeit der Eltern ausgerichtet. Stunden können zugekauft werden. Diese Tendenz der letzten Jahre führte zu immer höheren Anforderungen der Unternehmen an die Mobilität und Flexibilität ihrer Mitarbeiter_innen. Vor diesem Hintergrund wird gemeinsam verbrachte Zeit von Kindern und Eltern immer weiter reduziert. Die Partei DIE LINKE beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, weil sie den Zusammenhalt von Solidargemeinschaften verschlechtert und behindert. Aus unserer Sicht müssen die Unternehmen ebenfalls einen Beitrag leisten, Familienfreundlichkeit herzustellen (z.B. Betriebskindergärten oder flexible Arbeitszeitregelungen zu Gunsten der Beschäftigten) und sich an den entstehenden Kosten beteiligen. Dabei wird immer deutlicher, dass es Grenzen der Flexibilität und Mobilität gibt, die zu immensen gesellschaftlichen Problemen und volkswirtschaftlichen Kosten führen.

Die Rechte der Kinder auf Teilhabe, Bildung und Förderung gehen dabei unter. Das führt zu dem Problem, dass Kinder aus dem Blick geraten, wenn es zum Beispiel um Freundschaften

»Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020«

Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung

Kitaentwicklung, Elternbeiträge, Fachkräftemangel-Übergang Kita Schule, GBS und GTS Ausbau-
Sozialraumentwicklung-Verkehr-Allgemein

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

06.12.2019

von Kindern in der Kita geht oder um Beziehungen. Die Partei DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Rechte der Kinder aus UN-Kinderrechtskonvention auch im Kita-Alltag Berücksichtigung finden.